

## **Panorama 2: Was die Parteien Bereich Infrastrukturförderung planen**

*„Wir wollen die Förderung für einen Zeitraum von zumindest fünf Jahren verbindlich gegenüber Trägern und Einrichtungen zusichern, um auch längerfristig angelegte und auf Nachhaltigkeit abstellende Projekte zu ermöglichen. Bereits gegen Ende der 16. Legislaturperiode haben wir dazu ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um die rechtlichen Möglichkeiten für eine erweiterte Infrastrukturförderung des Bundes auszuloten. Ein solches Modell von Infrastrukturförderung kann sich beispielhaft anlehnen an den Finanzierungsstrukturen des Bund-Länder Projektes „Soziale Stadt“, in dem bereits jetzt ausgewählte Programmgebiete über einen mehrjährigen Zeitraum gefördert werden und damit der Aufbau von Infrastrukturen gesichert und die Entstehung von Projektruinen verhindert wird.“*

(SPD)

*„Zur Sicherung bundespolitischer Programme unterstützt die CDU alle sinnvollen Maßnahmen für die Entwicklung nachhaltiger Finanzierungsmodelle und die Suche nach geeigneten Lösungsmöglichkeiten für die finanzielle Stabilisierung von bürgerschaftlichem Engagement. Die Union ist der Auffassung, dass öffentliche Zuwendungen für bürgerschaftliches Engagement grundsätzlich seinen vielfältigen Formen und Erforderlichkeiten einerseits und Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit andererseits gerecht werden müssen. Wir werden daher in der kommenden Legislaturperiode prüfen, inwieweit die Finanzierungskompetenzen bei der Förderung von Infrastrukturvorhaben auf dem Gebiet des bürgerschaftlichen Engagements neu ausgelotet und bestimmt werden können.“*

(CDU)

*„DER LINKEN liegen langfristige Infrastrukturprogramme am Herzen: Was wir brauchen, ist eine Verstetigung der Förderungen, bis sich Strukturen entwickelt haben, die sich langfristig als selbstständig tragfähig erweisen. Insofern ist es für DIE LINKE begrüßenswert, wenn der Förderzeitraum auf 5 Jahre verlängert würde.“ Über die konkrete Ausgestaltung eines Finanzierungsmodells für Infrastrukturförderung wird sich unsere Fraktion in der kommenden Legislatur verständigen. Die Umsetzung hängt natürlich von den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen ab. DIE LINKE setzt sich jedenfalls dafür ein, dass z.B. Freiwilligenagenturen als Engagement fördernde Infrastruktureinrichtungen eine nachhaltige Finanzierungsgrundlage erhalten (denkbar wäre eine Festbetragsfinanzierung, die als institutionelle Förderung zu leisten ist.“*

(DIE LINKE)

*„Die FDP will das bürgerschaftliche Engagement fördern und dessen Rahmenbedingungen verbessern. Um das Potenzial besser zu erschließen, brauchen wir eine Infrastruktur und unterstützende Rahmenbedingungen für das Ehrenamt. Eine Änderung der bisherigen Vorgehensweise [meint die Förderungsdauer] ist von einer Einzelfallprüfung abhängig.“*

(FDP)

*„Bei der Frage der langfristigen Infrastrukturförderung stehen wir noch am Anfang der Diskussion. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Konzept für die nachhaltige Finanzierung der Engagementinfrastruktur entwickelt wird und uns aktiv daran beteiligen. Die Ausweitung des Zeitraumes allein verschiebt für sich genommen nur das Problem und kann daher nur ein möglicher Teilschritt auf dem Weg zur Entwicklung einer nachhaltigen Förderung sein“*

(Bündnis 90/Die Grünen)

